



Medienmitteilung zum Postulat „Konzentration der Polizeiorgane des Bundes an einer zuständigen Stelle“ von Nationalrätin Ida Glanzmann-Hunkeler

Luzern, 23. Oktober 2014

VSPB unterstützt die Einreichung des Postulats

pd – Der Verband Schweizerischer Polizei-Beamter VSPB ist erfreut und unterstützt die Einreichung des Postulats „Konzentration der Polizeiorgane des Bundes an einer zuständigen Stelle“ durch Nationalrätin Ida Glanzmann-Hunkeler. „Dieser Vorstoss geht genau in die Richtung unserer Resolution „Der Föderalismus darf die Sicherheit in der Schweiz nicht schwächen!“, die unsere Delegierten Ende Juni verabschiedet haben“, sagt Max Hofmann, Generalsekretär des VSPB, und fügt hinzu: „Die Analyse einer möglichen Bündelung der Bundespolizeilichen Sicherheitskräfte könnte eine optimale Erfüllung der sicherheitspolizeilichen Aufgaben auf Stufe Bund ermöglichen.“ Mit dem breit abgestützten Postulat wird der Bundesrat im Rahmen eines Berichts beauftragt einen Vorschlag zu erarbeiten, um die polizeilichen Kräfte des Bundes konzentrieren zu können. Denkbar wäre auch ein dafür verantwortliches Staatssekretariat für die Innere Sicherheit.

Gemäss Artikel 57 der Bundesverfassung sorgen Bund und Kantone im Rahmen ihrer Zuständigkeiten für die Sicherheit des Landes und den Schutz der Bevölkerung. Grundsätzlich sind die Kantone für die Innere Sicherheit zuständig und dabei souverän. Für die Bewältigung von Bundesaufgaben im Bereich der Inneren Sicherheit unterhält der Bund vier operativ tätige Polizeiorgane in vier unterschiedlichen Departementen: Das Bundesamt für Polizei fedpol (EJPD), die Militärische Sicherheit (VBS), das Grenzwachtkorps (EFD) und die Transportpolizei (SBB-UVEK). Gemäss dem Wortlaut des Postulats könnte mit der Konzentration der Polizeiorgane des Bundes die Effizienz und Effektivität substanziell gesteigert werden. Namentlich könnten bei strategischen Entscheiden und der operativen Zusammenarbeit Synergien geschaffen und Doppelspurigkeiten vermieden werden.

Zielführendere Zusammenarbeit

Für die kantonalen Polizeikorps ist die Zusammenarbeit über vier Departemente hinweg anspruchsvoll und nicht immer zielführend. Es entstehen Synergieverluste, Zuständigkeitsprobleme und sich zum Teil überlagernde Kommunikationswege zwischen Bund und Kantonen und umgekehrt. Mit einem einzigen Ansprechpartner beim Bund könnten die Kantone optimaler unterstützt und den Einwohnerinnen und Einwohnern des Landes die bestmögliche Sicherheit geboten werden.

VSPB-Resolution für mehr Sicherheit

Schon Ende Juni haben die Delegierten des Verbands Schweizerischer Polizei-Beamter VSPB, anlässlich ihrer 92. Delegiertenversammlung in Basel, die Resolution "Der Föderalismus darf die Sicherheit in der Schweiz nicht schwächen!" verabschiedet. Darin fordert der VSPB eine einheitliche Polizeiausbildung, eine Vereinheitlichung der Zuständigkeiten auf Stufe der Bundespolizeilichen Sicherheitskräfte (analog dem SECO),



die Vermeidung von föderalismusbedingten Doppelspurigkeiten, sowie eine Optimierung der Logistikkosten. Diese Massnahmen sollen dazu beitragen, dass mit den vorhandenen Polizeibeständen eine grösstmögliche Sicherheit gewährleistet werden kann. Der VSPB hält weiterhin an seiner Forderung nach mehr Personal fest und betont, dass schweizweit mindestens 7'000 Polizistinnen und Polizisten fehlen.

<Kasten> Die Resolution „Der Föderalismus darf die Sicherheit in der Schweiz nicht schwächen!“ des VSPB im Überblick:

1. Durchlässige Polizei-Ausbildung für alle Sicherheitsorgane des Bundes, der Kantone, Städte und Gemeinden.
2. Schaffung eines Departements Bereich «Polizeiliche Sicherheitskräfte des Bundes» u. a. mit Grenzwachtkorps, Militärischer Sicherheit, Transportpolizei und fedpol.
3. Optimale Ausnützung der Infrastrukturen durch übergreifende Koordination und Stärkung der Zusammenarbeit.
4. Optimieren der Logistikkosten, u.a. schweizweite einheitliche Beschaffung, Bewirtschaftung und Lagerung.

Eine durchlässige Polizei-Ausbildung sorgt für eine einzige Sprache in der Inneren Sicherheit, was zu einer effizienteren und effektiveren Zusammenarbeit führt. Die Ausbildung muss daher ganz klar über alle Stufen vereinheitlicht werden.

Eine Vereinheitlichung der Bundespolizeilichen Sicherheitskräfte ermöglicht eine optimale Erfüllung der sicherheitspolizeilichen Aufgaben auf Stufe Bund. Die derzeitigen Synergieverluste durch die Aufteilung in verschiedene Departemente würden verringert und die Zusammenarbeit mit den örtlich zuständigen Polizeikorps würde massiv verbessert werden.

Die komplexe Verteilung der Infrastruktur und die Doppelspurigkeiten erschweren die Arbeit der Polizei, binden unnötig personelle Ressourcen, verursachen Mehrkosten und fördern schlussendlich auch den Täterschutz. Zu oft arbeiten viele Partner in der Inneren Sicherheit – auf Grund unterschiedlicher rechtlicher Grundlagen – nur beschränkt zusammen. Das föderalistische Denken kann zum Hindernis werden.

Optimierung der Kosten durch ein wirtschaftliches Beschaffen sämtlichen Materials zu einem optimalen Preis-Leistungs-Verhältnis. Teure Lagerhaltungen könnten minimiert und Redundanzen schweizweit reduziert werden. Was bereits in Konkordaten geschieht, müsste landesweit ausgebaut werden.

■ Postulat: www.parlament.ch/d/suche/Seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20143843

■ Resolution VSPB: www.vspb.org/_frontend/handler/document.php?id=2645&type=42

Für weitere Informationen:

Deutsch und Italienisch: Max Hofmann, Generalsekretär VSPB, Tel. 076 381 44 64

Deutsch: Reto Hauser, Mitglied der Geschäftsleitung und Präsident der Arbeitsgruppe Innere Sicherheit des VSPB, Tel 079 955 66 60

Französisch: Jean-Marc Widmer, Präsident VSPB, Tel. 079 941 49 38